

Die Wirtschaftsweisen mutieren zum Standortrisiko



Von **Dorothea Siems**
Chefökonomin

Veröffentlicht am 17.11.2025 | Lesedauer: 3 Minuten



Regierungsflüsterer: Die Wirtschaftsweisen bei der Vorstellung des Jahresgutachtens 2025/26

Quelle: Britta Pedersen/dpa

Schon zu Ampelzeiten forderten die sogenannten Wirtschaftsweisen eine Lockerung der Schuldenbremse. Heute ist der Katzenjammer der Ökonomen groß, die sich so naiv vor den Karren der Politik haben spannen lassen.

Der Sachverständigenrat Wirtschaft gehört zu den wichtigsten Beratergremien der Bundesregierung. Politiker berufen sich gerne auf die sogenannten fünf Wirtschaftsweisen – wenn ihnen die Botschaft genehm ist. Und genau darauf scheint es das Gremium unter seiner Vorsitzenden Monika Schnitzer anzulegen.

Als die Ampel-Koalition noch am Ruder war, lieferten die Wirtschaftsweisen genau das, was sich SPD und Grüne am meisten wünschten: Zur allgemeinen Überraschung forderte der Rat im Januar 2024 eine Reform der Schuldenbremse (<https://www.welt.de/wirtschaft/article249809432/Ratsvorsitzende-Schnitzer-Wirtschaftsweise-schlagen-Reform-der-Schuldenbremse-vor.html>). Die Regelungen müssten flexibler werden, damit der Staat mehr ausgeben könne, befanden die Ökonomen.

Am lautesten jubelte der damalige Vize-Kanzler Robert Habeck. Denn der grüne Wirtschaftsminister brauchte für seine Subventionsorgien für Wärmepumpenförderung, grünen Stahl und ähnliche enorm teure Herzensprojekte dringend frisches Geld. Auch die SPD meinte schon damals, die Schuldenbremse müsse weg. Der Schwenk der Wirtschaftsweisen schwächte die Position des damaligen Bundesfinanzministers Christian Lindner (FDP), der nach Jahren hoher Haushaltsdefizite für die Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen kämpfte. Der FDP-Chef hielt durch und ließ letztlich sogar die Koalition platzen (<https://www.welt.de/debatte/plus254398104/Ampel-Das-Ende-eines-ambitionsarmen-Trauerspiels.html>) – auch deshalb.

Im Gegensatz dazu wechselte der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz bekanntlich nach der gewonnenen Bundestagswahl im vergangenen Frühjahr das Lager. Aus dem unnachgiebigen Verteidiger der strikten Haushaltsregeln wurde noch vor der Kanzlerwahl der Unionsmann, der gemeinsam mit SPD und Grünen die Schuldenbremse bis zur Unwirksamkeit lockerte (<https://www.welt.de/debatte/plus6912d74c0580923d0998db05/bundesregierung-der-haushalt-fuer-den-niedergang.html>) .

Neben den Wirtschaftsweisen leisteten im Vorfeld der notwendigen Grundgesetzänderung weitere prominente Ökonomen wie Ifo-Chef Clemens Fuest oder der Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, den designierten Koalitionären die gewünschte Argumentationshilfe. Die vielen warnenden Stimmen aus der Ökonomenzunft ließ die Politik bewusst außen vor. Und so schien der beabsichtigte Marsch in die Schuldenwirtschaft von „der Wissenschaft“ als alternativlos und unbedenklich abgesegnet. Schließlich sollte Deutschland binnen Kürze wieder verteidigungsfähig werden, was hohe Militärausgaben erfordert. SPD und Grüne beharrten zudem auf einem kreditfinanzierten Sondervermögen Infrastruktur von 500 Milliarden Euro.

Heute ist der Katzenjammer der Ökonomen groß, die sich so naiv vor den Karren der Schuldenmacher haben spannen lassen. Ob IW, Ifo-Institut oder aktuell die Wirtschaftsweisen – sie alle beklagen, dass die Koalition den Löwenanteil der neuen Schulden nicht nutzt (<https://www.welt.de/debatte/plus6912d74c0580923do998db05/bundesregierung-der-haushalt-fuer-den-niedergang.html>) , um Schienen, Brücken und Schulen auf Vordermann zu bringen. Die Auflösung des Investitionsstaus sollte den Wirtschaftsstandort stärken und die Konjunktur ankurbeln. Stattdessen nutzt Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) die Rekordverschuldung, um Rentenausgaben und Subventionen für Gastronomen und andere ausgewählte Gruppen noch weiter in die Höhe zu treiben. Jeder zweite Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur wird für solchen Gegenwartskonsum zweckentfremdet. Kein Wunder, dass die Wachstumsaussichten düster bleiben.

Die Wirtschaftsweisen aber liefern jetzt erneut der SPD auf dem Silbertablett einen Ratschlag, der Finanzminister Lars Klingbeil hochwillkommen ist. Die Ökonomen fordern eine drastische Verschärfung der Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen. In der schwersten Strukturkrise, die Deutschlands Wirtschaft seit der Nachkriegszeit erlebt, propagiert der Sachverständigenrat allen Ernstes eine Steuererhöhung für die Familienunternehmen? Nur die Wirtschaftsweise Veronika Grimm lässt sich in dieser koalitionsinternen Streitfrage nicht vor den SPD-Karren spannen. In einem Minderheitsvotum nennt sie den Vorschlag der vier Kollegen angesichts der dramatischen Lage der deutschen Wirtschaft vollkommen zu Recht „geradezu fahrlässig“. In der Tat entwickelt sich der einst hochgeschätzte Rat unter dem Vorsitz von Monika Schnitzer zu einem veritablen Risiko für den Wirtschaftsstandort. Solche Krisenverstärker braucht niemand.